

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Abteilung 13  
Referat Bau- und Raumordnung  
z.H. Frau Mag. Andrea Teschinegg  
Stempfergasse 7  
8010 Graz  
Per E-Mail: [abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at](mailto:abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at)

Landeskammer für Land- und  
Forstwirtschaft Steiermark  
Hamerlinggasse 3  
8010 Graz  
Tel. +43 316/8050  
Fax +43 316/8050-1506  
[www.stmk.lko.at](http://www.stmk.lko.at)  
[recht@lk-stmk.at](mailto:recht@lk-stmk.at)

Ing. Mag. Harald Posch  
DW: 1296  
[harald.posch@lk-stmk.at](mailto:harald.posch@lk-stmk.at)  
GZ: Re-311-HP-26

Graz, 26.Mai 2026

**Betreff: Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung,  
mit der die Verordnung betreffend das Entwicklungsprogramm für den  
Sachbereich Windenergie geändert wird; Begutachtung  
GZ ABT13-2326/2026-8  
Stellungnahme**

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfes zur Stellungnahme und erlaubt sich diesbezüglich nachstehende Punkte aufzuzeigen:

Zunächst ist festzuhalten, dass die Landwirtschaftskammer Steiermark grundsätzlich den vorliegenden Entwurf des Sachprogramms Wind und das damit verbundene Bestreben des Landes Steiermark begrüßt, den Ausbau der Windenergie auf eine klare und verbindliche räumliche Planungsgrundlage zu stellen. Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien – unter anderem der Windkraft – ist ein zentraler Baustein, um die Ziele der Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 plus (KESS 2030 plus) zu erreichen, sowie die Energieversorgung unseres Landes nachhaltig, regional und krisensicher zu gestalten. Die heimische Land- und Forstwirtschaft ist sich ihrer Rolle als wesentliche Trägerin der Energiewende bewusst und steht der Errichtung von Windkraftanlagen auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Zu den einzelnen Regelungen des vorliegenden Verordnungsentwurfes beziehen wir wie folgt Stellung:

**Zu Z 4 (§ 3a) Abs 4:**

Durch die Neuformulierung des betreffenden Absatzes sind laut den Erläuterungen kleinere Erweiterungen von bereits bestehenden Windparkprojekten möglich, da das Erfordernis der zusätzlichen erforderlichen elektrischen Gesamtleistung von 7,5 MW und der direkte Verweis auf das UVP-G gestrichen wurden. Dies würde neben dem gewünschten Effekt jedoch vermutlich auch bedeuten, dass



auch größere Erweiterungen bis zu den Grenzen im UVP-G keiner Bewilligung nach diesem Regime bedürfen.

Für die Beurteilung, ob ein UVP-pflichtiges Vorhaben vorliegt, ist die Klarstellung vonseiten des Verordnungsgebers erforderlich, ob nur die Windkraftanlagen der potenziellen Erweiterung oder das gesamte Windparkprojekt herangezogen wird. Um nicht zu einer erheblichen Erweiterung des Anwendungsbereichs zu kommen, wäre es erforderlich, die Erweiterung von bestehenden Windparkprojekten mit dem ursprünglichen Projekt zusammenzurechnen.

#### **Zu Z 5 (§ 3b) Abs 1:**

Für die Vornahme sämtlicher Minderungsmaßnahmen ist die Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften unumgänglich. Diesbezüglich ist es aus unserer Sicht erforderlich, den Grundsatz aufzunehmen, wonach den betroffenen Liegenschaftseigentümern in diesem Zusammenhang zumindest sämtliche daraus resultierende vermögensrechtliche Nachteile zu ersetzen sind.

#### **Zu Z 5 (§ 3b) Abs 1 Z 5:**

Die als Minderungsmaßnahme definierte Pflicht, die Windenergieanlage nach dauerhafter und endgültiger Außerbetriebnahme zu entfernen, wird grundsätzlich begrüßt, bedarf jedoch aus unserer Sicht noch einer näheren Definition. In aktuellen UVP-Bescheiden und in den zivilrechtlichen Vereinbarungen mit den von Windenergieanlagen betroffenen Grundeigentümern ist es üblich, dass die Fundamente der Windkraftanlagen grundsätzlich im Boden belassen werden können. Dies jedoch nur unter den Bedingungen, dass diese zumindest 100 cm unter Geländeoberkante abgeschremmt werden, eine Wasserdurchlässigkeit durch Sprengung bzw. Durchbohrung hergestellt und der Bereich bis zur Geländeoberkante humusiert wird. Die restlichen Anlagen wie Kranstellplätze, errichtete Zuwegungen und verlegte Erdkabelleitungen sind rückstandslos zu entfernen und der ursprüngliche Zustand der land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften wiederherzustellen.

Dies ist für die Grundeigentümer von entscheidender Bedeutung, da nach Beendigung des zugrundeliegenden zivilrechtlichen Vertragsverhältnisses und des Abbaus der Windenergieanlagen alle auf der land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaft eingebrachten Sachen mit sämtlichen Rechten und Pflichten in sein Eigentum und seine Verantwortung übergehen. Wenn sich zukünftig aufgrund neuer Erkenntnisse herausstellen sollte, dass die vom Windparkbetreiber errichteten Einbauten wie z.B. Erdkabelleitungen zu entfernen sind, würde dies den Grundeigentümer treffen, obwohl er hierfür nicht ursächlich war. Man denke hier nur daran, dass zukünftig eine Altlast oder Schadstoff iSd Altlastensanierungsgesetz z.B. in den Erdkabelleitungen erkannt wird, der zu einer Entfernpflicht und zur Erforderlichkeit einer gesonderten Entsorgung führt. Bei Projekten werden oft mehrere Kilometer Mittelspannungserdkabelleitungen verlegt, deren Entfernung mit erheblichen Kosten verbunden ist, die geeignet sind, die betroffenen Grundeigentümer finanziell erheblich zu belasten.

Warum dieses Risiko auf die Grundeigentümer überbunden werden soll und nicht in der Sphäre des Windparkerrichters/-betreibers verbleibt, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Aus unserer Sicht wäre konsequenterweise als Minderungsmaßnahme die Entfernung sämtlicher Anlagen bzw. Anlagenteile – mit Ausnahme der Fundamente unter den Bedingungen, dass diese zumindest 100 cm unter Geländeoberkante abgeschremmt werden, eine Wasserdurchlässigkeit durch

Sprengrung bzw. Durchbohrung hergestellt wird und der Bereich bis zur Geländeoberkante humusiert wird – vorzuschreiben.

**Zu Z 5 (§ 3b) Abs 1 Z 8:**

Aus Sicht der Grundeigentümer ist hinsichtlich der bestehenden Freizeitinfrastrukturen bzw. Freizeitnutzungen zu beachten, dass hier zwingend eine Haftungsübernahme durch den Errichter/Betreiber der Windenergieanlagen für die zu treffenden Maßnahmen (z.B. Umleitungen) zu erfolgen hat. Dies betrifft insbesondere die Übernahme der Wegehalterhaftung gem. § 1319a ABGB und der Haftung für den angrenzenden forstlichen Bewuchs. Um ein potenzielles Haftungsrisiko zu minimieren, sind zumindest Maßnahmen, die eine Haftung des Tierhalters soweit wie möglich ausschließen (z.B. Errichtung einer geeigneten Abzäunung in beweideten Gebieten), vorzusehen und der Versicherungsschutz durch die weiß grüne Freizeitpolizze des Landes Steiermark jeweils auf Kosten des Errichters/Betreibers herzustellen.

**Zu Z 5 (§ 3b) Abs 1 Z 10:**

Aus unserer Sicht gibt es geeignete Regelwerke, die bei einer Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Liegenschaften herangezogen werden können.

Dies wären die ÖNORM L 1211 (Bodenschutz bei Bauvorhaben) und die Richtlinien für sachgerechte Bodenrekultivierung des Fachbeirates für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz des BMLFUW (Hrsg BMLFUW 2012, 2. Auflage).

Der Präsident:

*Steinegger*

Ök.-Rat MMst. Andreas Steinegger



Der Kammerdirektor:

*[Signature]*  
Dipl.-Ing. Werner Brugner